



Dass es inmitten von Äckern und Feldern immer mehr Grünflächen gibt, die sich selbst überlassen bleiben, ist nicht zu übersehen. Für den Bund Naturschutz ist dies aber noch nicht genug: Die Landshuter Kreisgruppe fordert vielmehr einen „funktionierenden Biotopverbund und weniger Pestizideinsatz“. Foto: Horst Müller

Wichtige Impulse, aber noch keine Trendwende

Bund Naturschutz zieht gemischte Bilanz zum Volksbegehren Artenvielfalt im Landkreis

Von Horst Müller

Landkreis. Vor genau einem Jahr trat das durch das Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ geänderte Bayerische Naturschutzgesetz in Kraft. Was ist seitdem in puncto Artenvielfalt im Landkreis Landshut passiert, wo rund 16 Prozent der Bevölkerung dem Volksbegehren zugestimmt haben? Die Bilanz der Bund-Naturschutz-Kreisgruppe für die Region fällt durchwachsen aus.

„Trotz einer insgesamt schleppenden Umsetzung sind wir nicht unzufrieden, denn durch das Volksbegehren haben die Themen Artenvielfalt und Insektensterben viel mehr Aufmerksamkeit bekommen, und auch bei uns im Landkreis hat sich etwas getan“, resümiert BN-Kreisvorsitzende Kathy Mühlebach-Sturm.

Kommunale Flächen werden seltener gemäht

Viele Kommunen, Landwirte und Verbraucher hätten im vergangenen Jahr, angestoßen durch das Volksbegehren, etwas zum Schutz der Insekten und der Artenvielfalt beigetragen: „Ob es die Gemeinden sind, wo kommunale Flächen seltener gemäht werden und artenreicher sind, wo die Beleuchtung in der Nacht deutlich reduziert wurde oder ob es die gestiegene Nachfrage nach Produkten aus dem Ökolandbau ist“, zählt Mühlebach-Sturm auf.

Im Landkreis werden laut BN-Angaben derzeit 7,1 Prozent der Fläche nach Kriterien des Ökolandbaus bewirtschaftet. Mit der Landwirtschaft sei der Bund Naturschutz „in gutem Kontakt“ und arbeite schon seit langem in Naturschutzprojekten mit Landwirten zusammen, erzählt die Kreisvorsitzende: „Aufgeschlossene Landwirte haben artenreiche Wiesen angelegt, aber wir sind uns einig, dass für eine echte Trendwende eine Ökologisierung der EU-Agrarförderungen entscheidend ist.“

Die Fläche der Wiesen, die nach dem 15. Juni gemäht werden, sei im Landkreis „noch deutlich steigerungsfähig“. Mühlebach-Sturm be-

mängelt zudem, dass das Verbot, Wiesen umzubrechen, und das Verbot der weiteren Entwässerung von anmoorigen Böden „im Landkreis noch nicht überall eingehalten“ werde, zumal es gerade beim Wiesenumbruch noch zu viele Ausnahmen gebe.

Der Biotopverbund habe sich ebenfalls „real noch nicht verbessert“, zudem fehlten noch die nötigen Konzepte im Landkreis und in den Gemeinden. „Wir erwarten hier in den nächsten Monaten deutlich mehr Fortschritte“, so Mühlebach-Sturm. Bei den Gewässerrandstreifen kritisiert der BN vor allem „die unzureichenden Vorgaben und das Tricksen bei den Vorgaben durch

die Ministerien und das immer noch verbreitete Unverständnis des Bauernverbandes“.

„Völlige Fehlzanzeige“ bei Streuobstwiesen

Anstatt überall auf der Minimalbreite von fünf Metern auf Acker- und Gärtnerei zu verzichten und diese Fläche für den Biotopverbund und Gewässerentwicklung zu nutzen, gebe es ein Jahr nach Inkrafttreten der Regelung „noch viel zu viele Ausnahmen und ungeklärte Bäche“ – obwohl laut BN unstrittig sei, dass „nicht nur die Artenvielfalt, sondern auch die Gewässerqualität stark davon profitiert“.

Eine „völlige Fehlzanzeige“ sei bislang der Schutz der wertvollen Streuobstwiesen im Landkreis. Sie seien durch die strenge Verordnung des Umweltministeriums nicht geschützt, obwohl dies klar dem Sinn des Volksbegehrens widerspreche. Der BN hat bereits angekündigt, gegen die Verordnung zu klagen.

Neben der schleppenden Umsetzung und „leider auch Blockade“ einiger staatlicher Verpflichtungen konstatieren die Naturschützer, dass in der Gesamt-Politik im Landkreis keine Trendwende zugunsten der Artenvielfalt erfolgt sei: „Nach wie vor bedrohen Projekte wie der geplante Weiterbau der B15 neu südlich der A92 wertvolle Lebensräume, nach wie vor ist der Flächenverbrauch hoch“, kritisiert Vorstandsmitglied Reinhold König.

Forderungen an die Politik

Der Bund Naturschutz leitet aus seiner Bilanz konkrete Forderungen an die Politik ab: „Wir brauchen noch mehr Schub für einen großflächigen funktionierenden Biotopverbund, mehr Bio in allen Kantinen und allen Veranstaltungen, weniger Pestizideinsatz, mehr Naturwälder im Landkreis, weniger Flächenverbrauch und Verzicht auf Naturzerstörung durch nicht mehr zeitgemäße Infrastrukturprojekte wie den Weiterbau der B15 neu oder durch überdimensionierte Konverter im Zusammenhang mit dem geplanten Süd-Ost-Link zur Stromversorgung von Niederbayern“,

heißt es in einer Pressemitteilung.

An den Landshuter Landrat Peter Dreier (FW) sowie an die örtlichen Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier (CSU), Ruth Müller (SPD) und Rosi Steinberger (Grüne) richtet der BN auch die Forderung, sich auf überregionaler Ebene für die dauerhaft nötige Finanzierung der Artenschutz-Instrumente und -Berater, für eine Änderung der Agrarpolitik, für ein verbindliches Flächensparziel und für eine wirksame Klimaschutzpolitik einzusetzen, „um wirklich eine Trendwende beim Schutz der Biodiversität zu erreichen“.

-mü-